



Nr. 23

21. Juni 2024

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Tag des öffentlichen Dienstes

[Deutschland am Laufen halten – ohne Hürden](#)

Streit um Bundeshaushalt 2025

[Autobahn GmbH: Betrieb und Fachkräftegewinnung akut in Gefahr](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Mecklenburg-Vorpommern

[Knecht: Politik muss sich mehr für die Daseinsvorsorge einsetzen](#)

dbb Bildungsgewerkschaften

[Kultusministerkonferenz \(KMK\): Kritik an Beschlüssen](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ

[Kokain-Schmuggler nutzen Sicherheitslücken in Deutschland](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Tag des öffentlichen Dienstes Deutschland am Laufen halten – ohne Hürden

Wer einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst will, darf ihn nicht mit Aufgaben überfrachten und gleichzeitig kaputtsparen, fordert der dbb.

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach lobte im Vorfeld des Tags des öffentlichen Dienstes am 23. Juni 2024 die Leistungen der Beschäftigten: „5,2 Millionen Kolleginnen und Kollegen halten Deutschland am Laufen, zu jeder Zeit, überall, jeden Tag im Jahr. Ob in der Polizei, in den Schulen, in den Krankenhäusern, in der Verwaltung oder im Nah- und Fernverkehr, kurzum: Sie sind der unverzichtbare Kern der öffentlichen Daseinsvorsorge, das Rückgrat unserer Gesellschaft. Wir wollen den Tag des öffentlichen Diensts nutzen, um für diesen unermüdlichen Einsatz Danke zu sagen!“

Allerdings stehe der öffentliche Dienst aktuell vor zahlreichen Herausforderungen: der Klimawandel, die Migration, die Digitalisierung, der demografische Wandel und die Überbürokratisierung. „Es gibt mehr zu tun denn je“, betonte Silberbach. „Die Staatsbediensteten gehen an ihre Belastungsgrenze und immer öfter auch darüber hinaus, gleichzeitig nimmt die Aufgabenlast weiter zu. Es fehlt an allen Ecken und Enden an Personal – und der Höhepunkt der demografischen Krise kommt erst noch.“ Als wäre das nicht genug, bedrohen finanzielle Kürzungen immer wieder die Arbeitsfähigkeit des öffentlichen Dienstes. „Ein öffentlicher Dienst, der die Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger erfüllen soll, braucht die entsprechenden Ressourcen und Ausstattung. Die Politik darf den öffentlichen Dienst nicht kaputtsparen. Stattdessen brauchen wir Investitionen, um die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen bewältigen zu können.“

Nicht in der Bürokratie verheddern

Silberbach weiter: „Der öffentliche Dienst soll und will den Bürokratieabbau voranbringen. Damit haben wir eigentlich dasselbe Ziel wie die Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft und die Politik. Doch statt mit uns an einem Strang zu ziehen, vergrößert die Politik das Bürokratie-Wirrwarr.“ Als Beispiel nannte der dbb Chef

die ständige Vermehrung und Redundanzen bei den Bundesbeauftragten: „Wir haben in Deutschland einen Bundesbeauftragten für Bürokratieabbau und einen für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung. Darüber gibt es den Normenkontrollrat, der sich ebenfalls mit Bürokratieabbau beschäftigt. Das ergibt drei Institutionen für dieselbe Aufgabe. Statt Kompetenzen beim Bürokratieabbau zu bündeln, setzt die Regierung auf mehr Bürokratie“, kritisierte Silberbach. Eine langfristige Strategie, bei der endlich auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes als Praktiker und ‚Macher‘ Verwaltung miteinbezogen werden, sei unerlässlich.

Die zunehmende Schieflage mache sich auch bei den Bürgerinnen und Bürgern bemerkbar: „Nur noch ein Viertel der deutschen Bevölkerung hält den Staat für handlungsfähig. Das ist ein gefährlicher Vertrauensverlust“, machte Silberbach deutlich. „Wir erleben auch immer häufiger, dass unsere Kolleginnen und Kollegen, die jeden Tag mit Herzblut und Expertise im Einsatz sind, Opfer von Gewalt werden. Es vergeht kaum ein Tag, wo keine Beschäftigten bei ihrer Arbeit beleidigt, bedroht oder angegriffen werden. So darf das nicht weitergehen.“ Für die Zukunft brauche es mehr Rückendeckung vonseiten der Politik und der Gesellschaft: „Die Tätigkeiten, Einstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst sind vielfältig und sinnstiftend. Der öffentliche Dienst sorgt für Lebensqualität. Gute gesetzliche Rahmenbedingungen für den Staatsdienst und seine Beschäftigten sind absolut notwendig, um die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu wahren und auszubauen.“

Hintergrund:

Der Tag des öffentlichen Dienstes wurde 2003 von den Vereinten Nationen ins Leben gerufen, um die Arbeit im öffentlichen Dienst und die Menschen dahinter zu würdigen. Er findet jedes Jahr am 23. Juni statt.

Streit um Bundeshaushalt 2025

Autobahn GmbH: Betrieb und Fachkräftegewinnung akut in Gefahr

Der Bundesverkehrsminister plant, die Mittel für die Autobahn GmbH extrem zu kürzen. Der dbb warnt vor den Folgen für die Personalrekrutierung und den Autobahnbetrieb.

Weil der Ampel-Koalition im Streit um den Bundeshaushalt 2025 immer noch viele Milliarden Euro fehlen, plant Bundesverkehrsminister Volker Wissing nach Medienberichten, nun die Mittel für die Autobahn GmbH erheblich zu kürzen. Der dbb Fachvorstand Tarifpolitik Volker Geyer, der auch stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der Autobahn GmbH ist, zeigte sich bei der Sitzung des Aufsichtsrats am 18. Juni 2024 alarmiert: „Der gesamte Autobahnbetrieb ist durch die Kürzungen erheblich gefährdet. Kürzungen würden sich natürlich negativ auf konkrete Bau- und Sanierungsprojekte auswirken. Gefährdet wären das vom Minister favorisierte Brücken-Modernisierungsprogramm, der Unterhaltungsbetrieb ebenso wie Neubauprojekte. Aber nicht nur das. Auch für die weiterhin drängende Fachkräftegewinnung wäre das Gift: Wir suchen an allen Stellen nach Personal – vom Straßenwärter bis zum Ingenieur – und werden in den kommenden Jahren einen steigenden Bedarf an Fachkräften haben. Wir stellen schon bei den vorhandenen Kolleginnen

und Kollegen eine spürbare Verunsicherung fest. Wie sich so eine Diskussion auf potenzielle Bewerberinnen und Bewerber auswirkt, ist dann nicht schwer zu erraten.“

Eine funktionierende Infrastruktur sei von übertragender Bedeutung, so Geyer, und machte deutlich: „Gerade aufgrund der teilweise gravierenden Probleme in den anderen Verkehrssektoren darf die Funktionsfähigkeit der Autobahn GmbH nicht leichtfertig in Frage gestellt werden. Die Autobahnen sind Verkehrsträger Nummer Eins in Deutschland und damit das Rückgrat der deutschen Wirtschaft“, betonte Geyer. „Für die anstehenden Aufgaben – ich nenne hier nur das Stichwort ‚Brückensanierung‘ – brauchen wir entsprechendes Personal. Die Gewinnung dieser Fachkräfte ist nun akut gefährdet. Ich erwarte deshalb von der gesamten Bundesregierung ein klares Bekenntnis zur Autobahn GmbH – inklusive einer aufgabengerechten Finanzierung.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Mecklenburg-Vorpommern

Knecht: Politik muss sich mehr für die Daseinsvorsorge einsetzen

Die Sommersitzung des dbb Bundesvorstandes am 16. und 17. Juni in Warnemünde befasste sich neben der aktuellen politischen Lage nach der Europawahl und den Vorbereitungen auf die nächste Einkommensrunde bei Bund und Kommunen Anfang 2025 auch mit der Landespolitik.

Nach einem Grußwort von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig hielt Finanzminister Heiko Geue ein Impulsreferat und stellte sich der Diskussion. Hier machte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht deutlich, dass es für das Land einerseits wichtig sei, attraktiv für junge Menschen zu sein, die sich für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst entscheiden sollen, ohne andererseits das vorhandene Personal „vor den Kopf zu stoßen“.

Nach den Vorkommnissen um die Neuordnung der Besoldungsstruktur in Mecklenburg-Vorpommern, die ursprünglich linear auch für das

Bestandspersonal gelten sollte und Ende 2023 von der Landesregierung über Nacht kassiert wurde, „muss der in wenigen Tagen beginnende Besoldungsdialog 2.0 mit den Spitzenorganisationen für die Betroffenen verlässlicher werden, wir müssen weg von Minimallösungen, wir brauchen einen durch die Politik gestärkten und motivierten öffentlichen Dienst für die Herausforderungen der nächsten Zeit, zum Beispiel in den Bereichen Innere Sicherheit, Justiz und Bildung“, appellierte Knecht.

dbb Bildungsgewerkschaften Kultusministerkonferenz (KMK): Kritik an Beschlüssen

Die letzte Kultusministerkonferenz (KMK) hat zahlreiche Beschlüsse gefasst. Vom Verband Bildung und Erziehung (VBE) sowie dem Deutschen Philologenverband (DPhV) kam am 14. Juni 2024 deutliche Kritik.

Zum „Digitalpakt 2.0“ sagte der VBE-Bundesvorsitzende Gerhard Brand: „Während die Gesellschaft erwartet, dass wir an den Schulen über Tik-Tok-Trends und Künstliche Intelligenz sprechen, bleibt uns nur der Overhead-Projektor. An 10 Prozent der Schulen gibt es keine Klassensätze an digitalen Endgeräten. Noch immer haben nicht alle Schulen von den Geldern des Digitalpakts profitiert. Während 75 Prozent der Schulleitungen, die Geld aus dem Digitalpakt erhalten haben, in unserer repräsentativen forsa-Umfrage angaben, mehr Geld zu benötigen. Und nun klafft die Finanzierungslücke, seitdem der Digitalpakt ausgelaufen ist. Wenn also die KMK den ‚schnellstmöglichen Abschluss der Verhandlungen zum DigitalPakt 2.0‘ fordert, ist dies nur ein Eingeständnis der monatelangen Verzögerungen. Und es ist den Schulleitungen und Lehrkräften herzlich egal, ob diese auf Bundes- oder Landesseite entstanden sind. Was zählt: An den Schulen fehlt es weiter an Ausstattung, Ressourcen und Qualifizierung. Das vergrämt Lehrende und Lernende gleichermaßen.“

Zum Programm „Stark in die Schule starten“ („StarS“) stellte Brand fest: „Wir sehen, dass die Kinder schon mit ganz unterschiedlichen Ausgangslagen in die Schule starten. Eine systematische Erfassung und Unterstützung bei der Förderung können daher hilfreich sein. Allerdings darf kein Mehraufwand für die Lehrkräfte entstehen. Es muss ein klarer Nutzen beim Einsatz dieses Instruments erkennbar sein und die Erkenntnisse sollten nicht dazu dienen, Vergleiche zwischen den Bundesländern herzustellen. Ein Schuleintrittsabitur macht noch keinen Sommer.“

Kritik gab es auch den Beschlüssen zur Organisation der KMK selbst. „Effiziente Strukturen sind wichtig, um den Blick für das Wesentliche

nicht zu verlieren. Trotzdem muss gesichert werden, dass Schnittstellen gemeinsam bearbeitet werden. Relevant sind darüber hinaus die weiteren Kooperationen, allen voran die Zusammenarbeit der Kultusministerkonferenz mit der Jugend- und Familienministerkonferenz, aber auch institutionalisierten Formen der Beteiligung von demokratisch legitimierten Verbänden und Gewerkschaften.“

Die DPhV-Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing mahnte zu mehr Sorgfalt im Detail bei den notwendigen Reformen, was die Lehrkräftebildung angeht. Die neue Aufstellung der KMK in die drei Vorstandsgruppen Bildung, Wissenschaft und Kultur müsste beispielsweise besser sicherstellen, dass das grundlegende Fundament der Lehrkräftebildung, nämlich deren universitäre Phase, nicht so gut wie allein in der Verantwortung der Wissenschaftsministerkonferenz liegt.

Mit nur einem gemeinsamen Treffen im Jahr mit der WissenschaftsMK werden die Kultusminister und Kultusministerinnen aus Sicht des DPhV ihrer Verantwortung nicht mehr gerecht werden können. Lin-Klitzing sagt: „Bei einem so fundamental wichtigen Thema wie der Lehrkräftebildung braucht es den direkten Einfluss der Bildungsministerien auch auf die erste Phase. Anders ist eine an den schulischen Bedarfen ausgerichtete Lehrkräftebildung nicht zu gewährleisten. Die weitgehende Aufgabe ihres originären Zuständigkeitsbereichs gleicht einem Offenbarungseid der Kultusminister und Kultusministerinnen. Die Vorteile für die Wissenschaftsseite sind in dieser neuen Dreier-Vorstands-Regelung der KMK deutlich erkennbar, für die Schul- und Bildungspolitik ist dies für den DPhV zumindest noch nicht ersichtlich.“

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ Kokain-Schmuggler nutzen Sicherheitslücken in Deutschland

Jüngst wurde öffentlich, dass bereits 2023 im Hamburger Hafen 35 Tonnen Kokain mit einem Straßenverkaufswert von mehreren Milliarden Euro entdeckt wurden. Der BDZ Bundesvorsitzende Thomas Liebel hat vor diesem Hintergrund am 14. Juni 2024 erneut gefordert, dass der Zoll gestärkt werden müsse.

Der BDZ beklagt seit Jahren die gravierenden Sicherheitslücken in Deutschland. Ein Hauptproblem bleibe zum einen die mangelhafte Kontrollausstattung in den deutschen Häfen im Vergleich zu Nachbarländern, erklärte Liebel: „In Rotterdam gibt es bis zu 20 hochmoderne Röntgenanlagen zum Scannen von Containern. In Hamburg haben wir nur eine solche Anlage.“ Um die Drogen wirklich im größeren Umfang identifizieren zu können, müssten diese Anlagen beispielsweise 3D-fähig sein und die Röntgenbilder mit Hilfe von KI auswerten könnten. Solche Technik sei aber noch nicht im Einsatz.

Die Wahrscheinlichkeit für Schmuggler, in den deutschen Seehäfen unentdeckt zu bleiben, sei hoch, so Liebel weiter. Doch nicht nur die Kontrollinfrastruktur sei zu gering bemessen. „Wir haben eine dramatische Unterfinanzierung bei den Zollbehörden“, betont Liebel. Durch die Mängel in der Ausstattung könnten

längst nicht alle Instrumente zum Einsatz kommen, die hilfreich wären - zum Beispiel Observationstechnik, Drohnen oder mehr Zollhunde. Zudem sei der Personalbestand der mobilen Kontrolleinheiten des Zolls über zwanzig Jahre nicht verändert worden, obwohl immer neue Aufgaben hinzugekommen sind. Diese Engpässe verschlimmerten das Problem, dass längst nicht jede risikobehaftete Sendung kontrolliert werden könne. Liebel: „Die Schmuggler wissen das und nutzen diese Lücken skrupellos aus.“

Erschreckend sei zudem die unzureichende Zusammenarbeit mit den Ausgangsländern in Südamerika, wo die Drogenkartelle ansässig sind. Mit Blick auf Europa fordere der BDZ eine Hafensicherheitsinitiative, die ihren Namen auch verdient hat. „Wir dürfen den Kriminellen nicht länger den Vorsprung lassen“, warnte Liebel.

Namen und Nachrichten

Die Menschlichkeit einer Gesellschaft zeigt sich darin, wie sie mit Minderheiten umgeht, sagt Toni Nickel, stellvertretender Vorsitzender der **dbb jugend**. Es gibt noch viel zu tun. Transgeschlechtliche Menschen erleben eine andere Geschlechtsidentität, als ihnen bei Geburt zugewiesen wurde. Im April 2024 verabschiedete der Bundestag das Gesetz über die sogenannte Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag (SBGG), das anstelle des Transsexuellengesetzes von 1980 tritt. Dieses gilt schon vom Namen her als problematisch, da der Begriff „transsexuell“ mit der Stigmatisierung transgeschlechtlicher Menschen verknüpft ist. „Das Selbstbestimmungsgesetz ist ein historischer Schritt hin zu mehr Akzeptanz für geschlechtliche Vielfalt“, sagte Toni Nickel, stellvertretender Vorsitzender der dbb jugend, am 14. Juni 2024 in Berlin anlässlich des Pridemonats. „Dieser Schritt war längst überfällig.“ Das Bundesverfassungsge-

richt hatte das Transsexuellengesetz in wesentlichen Teilen für verfassungswidrig erklärt. Mit dem neuen Gesetz können Menschen, die ihren Vornamen und Geschlechtseintrag im Personenregister ändern lassen wollen, dies direkt beim Standesamt beantragen. Eine gerichtliche Entscheidung ist nicht mehr erforderlich. Das Gesetz soll am 1. November 2024 in Kraft treten. Nickel: „Damit gehört eine völlig veraltete und entwürdigende Praxis endlich der Vergangenheit an. Alle Menschen dürfen über ihr eigenes Leben bestimmen. Kein Gericht soll darüber entscheiden, mit welchem Geschlecht sich jemand identifiziert.“ Trotz des gesetzlichen Fortschritts sind Menschen mit einer Geschlechtsidentität, die von der Norm abweicht, noch immer noch mit Diskriminierung konfrontiert. „Wir als dbb jugend verurteilen jegliche Form von Diskriminierung aufs Schärfste“, unterstrich Nickel. „Mit der Teilnahme am Christopher Street Day setzen wir ein Zeichen für Akzeptanz. Die Menschlichkeit

einer Gesellschaft zeigt sich immer darin, wie sie mit Minderheiten umgeht!“

Nach dem erfolgreich umgesetzten 15. Streik hat die City-Bahn Chemnitz (CBC) am 18. Juni 2024 die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) angeschrieben und jetzt endlich angeboten, zu „Verhandlungen über die schrittweise Absenkung der Referenzarbeitszeit ohne Entgeltreduzierung für Arbeitnehmer, die Schichtarbeit leisten“, bereit zu sein. Auf die weiteren Forderungen GDL wird in dem Schreiben nicht konkret eingegangen, jedoch hat die CBC erstmals, nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen, die Bereitschaft geäußert, über den Kern des Tarifkonflikts zu verhandeln. Die Fairness im Tarifkonflikt gebietet es, zunächst zu verhandeln und die GDL-Mitglieder nicht zu weiteren Streiks aufzurufen. GDL

Bundesvorsitzender und dbb Vize Claus Weselsky: „Die GDL und ihre Mitglieder waren immer zu Verhandlungen bereit, so lange diese ernst gemeint sind und auf die ihre mehr als berechtigten Forderungen eingegangen wird.“ Die GDL hat sich mit der CBC darauf verständigt, die Verhandlungen am 12. Juli ab 10 Uhr in Leipzig wieder aufzunehmen. „Im Interesse der Mitarbeiter und der Kunden will die GDL die vorgeschlagenen Verhandlungen selbstverständlich als Chance zur Beilegung des Tarifkonfliktes nutzen. Bis dahin wird von weiteren Streiks abgesehen. Die Eisenbahnerinnen und Eisenbahner werden ordnungsgemäß ihre Zugleistungen für die Kunden in Chemnitz und Umgebung erbringen und setzen darauf, dass die Geschäftsführung mit der GDL einen Tarifvertrag abschließt“, so Weselsky.

Termine:

25. Juni 2024

dbb Symposium „Arbeitszeit neu gedacht“

Weitere Informationen unter www.dbb.de

26. Juni 2024

Veröffentlichung dbb Bürgerbefragung 2024